

Ergänzende Antwort

des Justizministeriums

zu der

Großen Anfrage

der Fraktion der CDU – Drucksache 15/2752

**Besoldung von Richterinnen/Richtern und
Staatsanwältinnen/Staatsanwälten**

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Fallzahlen (pro Jahr neu zugewiesener Fälle) bei den Gerichten in Baden-Württemberg seit dem Jahr 1995 entwickelt, gegliedert nach Fachgerichtsbarkeiten und gegliedert nach den Instanzen?
2. Wie haben sich die Fallzahlen (zum Jahresende nicht abgeschlossener Fälle) bei den Gerichten in Baden-Württemberg seit dem Jahr 1995 entwickelt, gegliedert nach Fachgerichtsbarkeiten und gegliedert nach Instanzen?
3. Wie hat sich die Anzahl der Richterinnen/Richter bei den Gerichten in Baden-Württemberg und bei den Staatsanwaltschaften seit 1995 entwickelt, gegliedert nach Gerichtsbarkeit und gegliedert nach Instanzen?
4. Wie hat sich die Anzahl der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte je 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg und im Vergleich dazu in den anderen Bundesländern nach ihrer Kenntnis seit 1995 entwickelt?
5. Wie hoch ist die durchschnittliche Fallzahl je Richterin/Richter in den jeweiligen Fachgerichtsbereichen und Instanzen sowie bei den Staatsanwaltschaften und wie stellt sich nach ihrer Kenntnis im Vergleich dazu die Situation in den anderen Bundesländern dar?
6. Wie hat sich die Besoldung der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte seit 1995 entwickelt?
7. Auf wie viele Stunden bemisst sie die durchschnittliche zu leistende wöchentliche Arbeitszeit von Richterinnen/Richtern und Staatsanwältinnen/Staatsanwälten nach dem bundeseinheitlichen Personalbedarfssystem Pebbßy und wie hat sich der umgerechnete Stundenlohn für Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte in der Besoldungsstufe R 1 (Eingangsstufe und Endstufe) seit 1995 entwickelt?

Eingegangen: 10.07.2013 / Ausgegeben: 01.07.2014

1

8. Inwiefern ist ihr bekannt, wie sich im Vergleich dazu die Einkommen von vergleichbar qualifizierten Juristinnen/Juristen in der Rechtsanwaltschaft und in der Privatwirtschaft seit 1995 entwickelt haben?
9. Ist ihr die Studie der Europäischen Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CEPEJ) zur Lage der Justiz in den Mitgliedsstaaten des Europarats bekannt und welche Schlüsse leitet sie aus dem Ergebnis der Studie, dass Deutschland bei der Besoldung der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte unter allen Mitgliedsstaaten des Europarats den letzten Platz belegt, wenn das Einkommen der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte am jeweiligen Durchschnittseinkommen gemessen wird, für das Besoldungssystem in Baden-Württemberg ab?
10. Ist ihr die Resolution 1685/09 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 30. September 2009 bekannt, in der Deutschland u. a. aufgefordert wird, die Besoldung der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte schrittweise zu erhöhen und welche Schlüsse zieht sie aus dieser Resolution für das Besoldungssystem in Baden-Württemberg?
11. Was versteht sie unter einer „gerechten Besoldung“ und was unternimmt sie, um dieses im Koalitionsvertrag angesprochene Ziel zu erreichen?
12. Wie stellt sie sich die Gewinnung von qualifiziertem Personal vor und was unternimmt sie für die Motivation der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte, damit diese nicht in die Privatwirtschaft abwandern?

22. 11. 2012

Hauk, Dr. Löffler, Hitzler
und Fraktion

Begründung

Ein funktionierendes Rechtssystem ist nur gewährleistet, wenn hoch qualifizierte Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte bei einer angemessenen Arbeitsbelastung ihre Entscheidungen nach allen maßgeblichen Gesichtspunkten sorgfältig vorbereiten und fällen können.

Arbeitsbelastung und Besoldung müssen dabei in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, da sonst gut qualifizierte Juristinnen/Juristen als ihre berufliche Perspektive die Privatwirtschaft wählen. Unsere Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte in Baden-Württemberg erhalten im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen in den führenden europäischen Industrieländern die geringste Besoldung. Dies könnte auf Dauer zu einer qualitativen Verschlechterung unseres Rechtswesens führen.

Ergänzende Antwort

Mit Schreiben vom 10. Juli 2013 ergänzt das Justizministerium die Beantwortung der Großen Anfrage wie folgt:

Mit Schreiben vom 6. Juni 2013 hatte ich Ihnen mitgeteilt, dass sich die Zentralabteilungsleiter der Landesjustizverwaltungen auf ihrer Sitzung am 18. und 19. Juni 2013 mit der Freigabe der erbetenen Daten anderer Bundesländer befassen werden. In dieser Sitzung konnte Einigkeit zur Freigabe der Daten zur Anzahl der Richter und Staatsanwälte je 100.000 Einwohner erzielt werden. Hinsichtlich der durchschnittlichen Fallzahl je Richter in den jeweiligen Fachgerichtsbarkeiten und Instanzen sowie bei den Staatsanwaltschaften haben darüber hinaus die Länder Berlin, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz erklärt, dass sie mit einer Weitergabe ihrer Daten einverstanden sind. Die übrigen Länder haben einer Weitergabe ihrer Daten ausdrücklich widersprochen.

Vor diesem Hintergrund beantworten wir die Fragen 4 und 5 der oben genannten Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

4. Wie hat sich die Anzahl der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte je 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg und im Vergleich dazu in den anderen Bundesländern nach ihrer Kenntnis seit 1995 entwickelt?

Eine vergleichende Darstellung der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte je 100.000 Einwohner ist erst seit 2009 möglich. Nachfolgend wird die Anzahl der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte je 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg und im Vergleich dazu in den anderen Bundesländern seit 2009 in tabellarischer Form dargestellt:

Richterinnen und Richter je 100.000 Einwohner					
Bundesland	2009	Bundesland	2010	Bundesland	2011
Berlin	40,75	Berlin	40,57	Berlin	40,71
Hamburg	38,55	Hamburg	38,14	Hamburg	37,98
Bremen	28,45	Bremen	28,56	Bremen	28,46
Mecklenburg-Vorpommern	26,79	Mecklenburg-Vorpommern	27,53	Mecklenburg-Vorpommern	27,19
Saarland	25,81	Brandenburg	26,61	Brandenburg	26,34
Brandenburg	25,70	Saarland	26,19	Nordrhein-Westfalen	25,90
Hessen	25,67	Thüringen	25,96	Saarland	25,87
Thüringen	25,53	Nordrhein-Westfalen	25,89	Sachsen-Anhalt	25,61
Nordrhein-Westfalen	25,34	Hessen	25,64	Thüringen	25,58
Sachsen-Anhalt	24,56	Sachsen-Anhalt	25,36	Hessen	25,00
Bundesdurchschnitt	24,15	Bundesdurchschnitt	24,41	Bundesdurchschnitt	24,34
Schleswig-Holstein	23,77	Schleswig-Holstein	23,87	Schleswig-Holstein	23,74
Sachsen	23,51	Sachsen	23,68	Sachsen	23,56
Niedersachsen	22,68	Niedersachsen	23,14	Niedersachsen	23,26
Rheinland-Pfalz	22,63	Rheinland-Pfalz	22,80	Rheinland-Pfalz	22,99
Bayern	20,78	Bayern	20,76	Bayern	20,76
Baden-Württemberg	17,97	Baden-Württemberg	18,03	Baden-Württemberg	17,88

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte je 100.000 Einwohner					
Bundesland	2009	Bundesland	2010	Bundesland	2011
Berlin	12,46	Berlin	12,59	Berlin	11,85
Brandenburg	11,39	Brandenburg	11,29	Hamburg	11,05
Hamburg	11,39	Hamburg	10,99	Brandenburg	11,04
Mecklenburg- Vorpommern	10,00	Mecklenburg- Vorpommern	9,91	Mecklenburg- Vorpommern	10,33
Bremen	9,19	Bremen	9,04	Sachsen-Anhalt	9,09
Sachsen-Anhalt	8,94	Sachsen-Anhalt	8,93	Bremen	8,97
Thüringen	8,18	Thüringen	8,15	Thüringen	8,08
Schleswig-Holstein	7,87	Rheinland-Pfalz	8,01	Rheinland-Pfalz	8,08
Hessen	7,86	Niedersachsen	7,91	Hessen	8,05
Sachsen	7,85	Hessen	7,91	Schleswig-Holstein	7,90
Rheinland-Pfalz	7,76	Schleswig-Holstein	7,82	Sachsen	7,87
Niedersachsen	7,58	Sachsen	7,67	Niedersachsen	7,70
Bundesdurchschnitt	7,35	Bundesdurchschnitt	7,44	Bundesdurchschnitt	7,42
Nordrhein-Westfalen	7,08	Nordrhein-Westfalen	7,23	Nordrhein-Westfalen	7,27
Saarland	5,66	Saarland	6,14	Saarland	6,07
Bayern	5,29	Bayern	5,36	Baden-Württemberg	5,31
Baden-Württemberg	5,11	Baden-Württemberg	5,23	Bayern	5,25

5. *Wie hoch ist die durchschnittliche Fallzahl je Richterin/Richter in den jeweiligen Fachgerichtsbezirken und Instanzen sowie bei den Staatsanwaltschaften und wie stellt sich nach ihrer Kenntnis im Vergleich dazu die Situation in den anderen Bundesländern dar?*

Nachfolgend wird die durchschnittliche Fallzahl je Richterin und Richter bzw. je Staatsanwältin und Staatsanwalt für das Jahr 2011, gegliedert nach den einzelnen Gerichtsbarkeiten (für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte getrennt nach Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften) und Instanzen, in tabellarischer Form dargestellt:

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -							
Amtsgericht Zivilsachen		Amtsgericht Familiensachen		Amtsgericht Strafverfahren		Amtsgericht Bußgeldverfahren	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
E	671	O	484	J	449	E	1.754
F	671	M	481	D	419	D	1.288
Baden-Württemberg	625	L	480	A	400	Hessen	1.249
M	624	Berlin	469	Bundes-durchschnitt	388	M	1.208
J	615	E	462	E	385	Berlin	1.189
D	611	F	449	Baden-Württemberg	376	J	1.175
A	604	J	441	M	375	Bundes-durchschnitt	1.109
Bundes-durchschnitt	603	A	436	L	373	A	1.107
L	602	Bundes-durchschnitt	434	Hamburg	366	H	1.088
Berlin	599	D	434	F	364	Baden-Württemberg	1.054
Rheinland-Pfalz	589	N	429	Berlin	360	F	1.035
Hamburg	581	K	425	H	360	L	1.018
K	579	Baden-Württemberg	417	Rheinland-Pfalz	346	K	961
Hessen	558	Hessen	416	K	340	O	859
O	557	H	408	Hessen	337	N	849
H	537	Rheinland-Pfalz	404	N	326	Rheinland-Pfalz	821
N	527	Hamburg	381	O	325	Hamburg	737

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -					
Landgericht Zivilsachen I. Instanz - Zivilkammer -		Landgericht Zivilsachen I. Instanz - Kammer für Handelssachen -		Landgericht Zivilsachen Berufungen	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
D	198	E	213	D	208
J	189	M	205	Hamburg	200
Hamburg	187	Rheinland-Pfalz	169	M	190
Hessen	184	K	167	J	189
Bundes-durchschnitt	177	D	164	Hessen	180
Baden-Württemberg	175	O	156	Bundes-durchschnitt	180
F	174	J	150	N	176
K	170	A	148	Baden-Württemberg	173
E	167	Bundes-durchschnitt	147	K	173
Berlin	163	Hamburg	144	Berlin	173
M	158	N	138	E	171
H	157	F	137	F	171
Rheinland-Pfalz	156	Hessen	137	Rheinland-Pfalz	170
A	151	H	135	A	163
O	150	Baden-Württemberg	133	H	162
N	135	Berlin	128	L	150
L	127	L	127	O	142

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -			
Landgericht Strafverfahren I. Instanz		Landgericht Strafverfahren Berufungen	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
M	20	M	217
Hessen	16	D	196
J	16	E	183
D	16	O	178
Rheinland-Pfalz	15	J	171
H	14	F	166
Berlin	14	A	166
Bundesdurchschnitt	13	H	165
L	12	K	162
F	12	Bundesdurchschnitt	160
O	11	G	146
Baden-Württemberg	11	L	146
K	11	C	142
N	10	I	138
A	10	Baden-Württemberg	133
E	9	B	121
Hamburg	6	N	119

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -					
Oberlandesgericht Zivilsachen Berufungen		Oberlandesgericht Familiensachen Beschwerden		Oberlandesgericht Strafsachen Revisionen und Rechtsbeschwerden	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
O	100	Berlin	101	N	266
Hamburg	96	Hessen	101	Rheinland-Pfalz	245
Hessen	90	H	98	F	231
Rheinland-Pfalz	72	Hamburg	96	E	210
F	72	N	93	D	194
D	71	A	91	J	176
Bundesdurchschnitt	67	D	90	A	168
E	67	L	89	O	161
Baden-Württemberg	64	Bundesdurchschnitt	89	Bundesdurchschnitt	155
H	64	F	88	Baden-Württemberg	143
K	63	O	86	L	140
Berlin	62	J	86	Hessen	126
A	62	Baden-Württemberg	85	K	117
J	59	Rheinland-Pfalz	82	H	111
N	58	M	78	Hamburg	103
L	56	E	78	M	95
M	55	K	75	Berlin	76

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Staatsanwältin und Staatsanwalt bzw. Amsanwältin und Amsanwalt 2011 - teilweise anonymisiert -			
Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren		Generalstaatsanwaltschaft Revisionen und Rechtsbeschwerden	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
E	1.150	E	683
J	1.078	M	672
M	1.077	Baden-Württemberg	650
Hessen	985	D	641
D	980	F	525
Rheinland-Pfalz	969	K	510
Bundesdurchschnitt	952	J	474
Baden-Württemberg	940	H	466
F	912	O	445
K	898	Hamburg	443
Berlin	895	Bundesdurchschnitt	441
L	882	Rheinland-Pfalz	412
H	870	L	402
N	847	A	390
Hamburg	845	N	334
O	794	Hessen	266
A	770	Berlin	186

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -			
Verwaltungsgerichtshof		Verwaltungsgerichte	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
D	k.A.	D	k.A.
A	k.A.	Berlin	180
L	126	H	178
H	114	Hessen	166
O	111	Baden-Württemberg	152
Baden-Württemberg	108	F	151
F	108	K	150
Berlin	103	L	145
N	101	Bundesdurchschnitt	143
K	97	E	142
Bundesdurchschnitt	93	J	137
J	86	O	134
Rheinland-Pfalz	81	N	134
Hessen	76	Hamburg	132
M	66	Rheinland-Pfalz	123
Hamburg	64	M	117
E	51	A	88

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -			
Landessozialgericht		Sozialgerichte	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
Berlin	k.A.	Berlin	420
E	k.A.	A	416
L	155	J	411
H	151	N	394
Rheinland-Pfalz	137	Bundesdurchschnitt	369
Baden-Württemberg	127	Rheinland-Pfalz	366
F	127	Hessen	364
N	120	E	364
J	119	D	360
K	116	K	356
Bundesdurchschnitt	116	H	349
D	109	Baden-Württemberg	341
A	101	L	337
Hamburg	100	F	335
Hessen	100	O	332
M	80	M	330
O	80	Hamburg	307

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -	
Finanzgericht	
Bundesland	Eingänge
Berlin	k.A.
L	150
F	124
A	115
N	108
O	104
J	104
E	98
Bundesdurchschnitt	97
Baden-Württemberg	94
H	91
K	88
Hessen	85
Rheinland-Pfalz	83
Hamburg	82
M	74
D	69

Fallzahlen (Eingänge) je 1 AKA Richterin und Richter 2011 - teilweise anonymisiert -			
Landesarbeitsgericht		Arbeitsgerichte	
Bundesland	Eingänge	Bundesland	Eingänge
A	k.A.	E	699
Baden-Württemberg	192	J	647
F	146	D	644
Hessen	139	F	640
D	136	Hamburg	628
Hamburg	135	K	604
Bundesdurchschnitt	127	Bundesdurchschnitt	572
H	125	Baden-Württemberg	561
K	124	Rheinland-Pfalz	544
J	120	Hessen	532
L	120	M	520
O	107	L	520
Rheinland-Pfalz	104	Berlin	503
Berlin	97	H	501
M	95	O	460
N	80	A	417
E	68	N	385

Stickelberger
Justizminister